

Flüchtlinge möchten auch willkommen sein; ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gibt es Kritik vom Roten Kreuz

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 387 words

Byline: BAX

Highlight: ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gibt es Kritik vom Roten Kreuz

Body

BERLIN taz | Mit einem Festakt hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Das Deutsche Rote Kreuz nutzte die Gelegenheit, zum Jubiläum schnellere Asylverfahren anzumahnen. Dessen Vizepräsidentin, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, kritisierte am Mittwoch die langen Anerkennungsverfahren und das Arbeitsverbot für Asylbewerber. Alle Asylsuchenden müssten nach spätestens sechs Monaten gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und schon vorher an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen dürfen, forderte sie.

Laut Rotem Kreuz haben rund 65.500 Menschen im vergangenen Jahr Asyl in Deutschland beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge trifft die erste Entscheidung im Asylverfahren, etwa 28 Prozent davon fielen im Jahr 2012 positiv aus.

Im vergangenen Monat legte das Bundesamt eine Expertise vor, die Wege aufzeigte, wie deutsche Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden werden sollen. Ein Expertengremium unter Federführung der Nürnberger Behörde hatte Vorschläge zur Stärkung der Willkommenskultur erarbeitet. So sollen Zuwanderer künftig besser auf das Leben in Deutschland vorbereitet werden. Wir möchten, dass Zuwanderer in Deutschland willkommen sind, sagte der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt. Dazu sollen unter anderem Berater in den Herkunftsländern, Willkommenskoffer bei der Ankunft und eine Software für Smartphones beitragen.

In der Geschichte des Bundesamts, das dem Innenministerium untersteht, spiegelt sich der Wandel der bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik wider. Die Behörde in Nürnberg wurde im Jahr 1953 gegründet, als die Bundesrepublik die Genfer Flüchtlingskonvention übernahm, und hatte anfangs nur 40 Mitarbeiter. 1965 wurde sie in Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge umbenannt. Mit dem von der rot-grünen Regierung beschlossenen Zuwanderungsgesetz erhielt sie ihren aktuellen Namen, seitdem ist sie auch für die Integration ausländischer Zuwanderer zuständig. Heute arbeiten in Nürnberg und 22 Außenstellen über 2.000 Menschen.

Flüchtlinge möchten auch willkommen sein ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
gibt es Kritik vom Roten Kreuz

Zum Jubiläum sprachen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Mittwoch in Nürnberg. BAX

28 Prozent der Asylverfahren endeten 2012 mit einem positiven Bescheid

Load-Date: April 10, 2013

End of Document

**Kontrolleure müssen draußen bleiben; ASYL Russische
Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der
Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch der Delegation - und hat damit
mit überraschenden Erfolg**

taz, die tageszeitung

Montag 21. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 501 words

Byline: ALKE WIERTH

Highlight: ASYL Russische Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch der Delegation und hat damit mit überraschenden Erfolg

Body

Hochoffizielle Gäste der Europäischen Union aus Russland werden in Berlin zum Ärgernis: Auf das Schärfste hat der Berliner Flüchtlingsrat gegen den geplanten Besuch von Vertretern der Migrationskontrollbehörde Russlands und der russischen Botschaft in Berliner Anlaufstellen für Asylsuchende protestiert. Solche Orte verlören ihren Schutzcharakter für geflüchtete Menschen, heißt es in einer Pressemitteilung des Flüchtlingsrates dazu, wenn diese dort Gefahr liefen, in ihrem Hausflur auf Vertreter ihres Verfolgerstaates zu treffen .

Der für den heutigen Montag angesetzte Besuch der Russen findet im Rahmen des Visumsdialogs zwischen der Europäischen Union und Russland und auf Betreiben des Bundesministeriums des Innern (BMI) statt. Er sei Teil eines EU-Besuchsprogramms der russischen Delegation, bei dem üblicherweise auch Einrichtungen/Institutionen/etc. besucht würden, um einen Einblick in die Migrationspraxis zu geben , heißt es in einer schriftlichen Antwort der Pressestelle des BMI auf eine Anfrage der taz. In Berlin organisiert das Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) die Erstversorgung und Unterbringung von Asylsuchenden.

Von dem ersten Plan, die russischen Migrationskontrolleure in eine Sammelunterkunft für AsylbewerberInnen zu führen, hatten LaGeSo und BMI nach den heftigen Protesten des Flüchtlingsrats noch am späten Freitagnachmittag Abstand genommen. Stattdessen soll die Delegation nun im Dienstgebäude des LaGeSo an der Moabiter Turmstraße empfangen werden. Es werde dabei zu keinerlei Kontaktaufnahme zwischen den russischen Besuchern und Flüchtlingen kommen, sagte eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales am Freitag der taz: Die Verwaltung zeige damit durchaus Sensibilität für das Thema .

Begegnung unvermeidlich

Kontrolleure müssen draußen bleiben ASYL Russische Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch

Dem Flüchtlingsrat reicht das allerdings nicht: Im Dienstgebäude des Landesamtes befänden sich nicht nur die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende, sagt Georg Classen von dem Gremium, sondern auch viele Leistungsstellen, die von Asylsuchenden frequentiert würden. Es sei deshalb gerade im Eingangsbereich des Gebäudes unvermeidlich, dass es zu Begegnungen von Flüchtlingen mit der Delegation käme. Er fordert, das Treffen in das nahe gelegene Innenministerium zu verlegen.

Zumindest bei LaGeSo-Chef Franz Allert hat der weitere Druck des Flüchtlingsrats Erfolg: Wir werden am Montagmorgen dem BMI den Vorschlag unterbreiten, dass die Informationen über die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in den Räumen des BMI gegeben werden , sagte Allert am Sonntag der taz. Er hatte zuvor bereits den Plan, die russischen Beamten in eine Asylunterkunft zu führen, als weder sinnvoll noch feinfühlig bezeichnet.

Flüchtlinge aus Russland sind derzeit die größte und am schnellsten wachsende Gruppe von Asylsuchenden in Deutschland und in Berlin. Erst am Donnerstag hatte sich in den Niederlanden der russische Oppositionelle Alexander Dolmatov aus Angst vor der Abschiebung nach Russland das Leben genommen.

ALKE WIERTH

Load-Date: January 20, 2013

Wie am Fließband; FLÜCHTLINGE Die neue Bundesregierung will die Asylverfahren beschleunigen - dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten: mehr Eile, mehr Willkür

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 702 words

Byline: DANIEL BAX

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Die neue Bundesregierung will die **Asylverfahren** beschleunigen dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten: mehr Eile, mehr Willkür

Body

VON DANIEL BAX

BERLIN | taz Rund ein halbes Jahr dauert ein durchschnittliches **Asylverfahren** in Deutschland derzeit drei Monate weniger als im Vergleich zum Vorjahr. Aber diese Zahl an sich sagt nur wenig aus. Denn wie lange ein **Asylbewerber** auf eine Entscheidung warten muss, hängt stark von seinem Herkunftsland ab.

Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan, Irak und Somalia müssen derzeit bis zu eineinhalb Jahren warten. Dafür werden die meisten von ihnen am Ende anerkannt, die Quoten liegen zwischen 50 und 67 Prozent. Auch minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern in Deutschland gelandet sind, müssen sich mindestens ein Jahr lang gedulden.

Roma aus Serbien und Mazedonien dagegen werden seit geraumer Zeit im Schnellverfahren abgefertigt und halten meist schon nach zwei Monaten einen Ablehnungsbescheid in der Hand. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linkspartei hervor, die regelmäßig die Details der aktuellen Asylstatistik abfragt.

Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, alle Asylverfahren im Schnitt auf maximal drei Monate zu verkürzen. Wir werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausstatten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind, heißt es dazu in dem Papier. Auf diese Zusage zusätzlicher Mittel hatte die SPD gedrungen. Zugleich konnte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich mit seiner Forderung durchsetzen, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können, wie es im Koalitionsvertrag heißt.

Wie am Fließband FLÜCHTLINGE Die neue Bundesregierung will die Asylverfahren beschleunigen - dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten:....

Flüchtlingsverbände wie Pro Asyl sind davon wenig begeistert: Die Diskriminierung von Roma ist in diesen Ländern in vielen Fällen so umfassend, dass den Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt, erklärt die Organisation. Sie verweist darauf, dass in Belgien oder der Schweiz zuletzt über 10 Prozent der Roma aus den Ländern des westlichen Balkan als Flüchtlinge anerkannt worden seien. Dass ihre Anträge hierzulande schon jetzt im Fließbandmodus abgelehnt werden, sei Willkür.

Auch die Linkspartei findet, die Anträge von Roma aus diesen Ländern müssten aufgrund ihrer umfassenden Diskriminierung und Ausgrenzung eigentlich besonders sorgfältig geprüft werden, so die Asyl-Expertin und Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Jelpke stört sich auch daran, dass derjenige Beamte, der den Fall eines Flüchtlings prüft, immer seltener identisch ist mit dem, der über seinen Asylantrag entscheidet. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erklärte gegenüber der taz, man halte an dem Grundsatz fest, dass Anhörung und Entscheidung nicht personell getrennt sind.

Doch die Bundesregierung räumt ein: Vor dem Hintergrund der steigenden Asylantragszahlen kann dies jedoch nicht in jedem Fall gewährleistet werden. Wie oft das passiere, werde aber statistisch nicht erhoben. Der Frankfurter Rechtsanwalt Reinhard Marx ist skeptisch: Aus meiner eigenen Erfahrung und Gesprächen mit Kollegen habe ich den Eindruck, dass das heute eher die Ausnahme ist. Es wäre billig, das zu leugnen, sagte er der taz. Das ist rechtlich höchst bedenklich und bürgt nicht für sorgfältige Entscheidungen, kritisiert Jelpke.

Mehr als 87.000 Menschen haben in diesem Jahr beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg einen Antrag auf Asyl gestellt. Das sind rund 74 Prozent mehr als zur gleichen Zeit im vergangenen Jahr. Nun sollen sogar Soldaten die Behörde unterstützen. Die Bundeswehr sucht per Rundschreiben nach Freiwilligen, die dafür kurzfristig von ihrem derzeitigen Posten abgezogen werden können. Die Bundeswehrmitarbeiter sollen nur die Verwaltung unterstützen, also etwa Dokumente prüfen, aber nicht selbst über Asylanträge entscheiden, stellte eine Sprecherin des Bundesamts gegenüber der taz klar.

Bundeswehrmitarbeiter sollen nicht über Anträge entscheiden

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

Load-Date: December 12, 2013

Übers Wasser, hinter Stacheldraht; AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot den fünften Kontinent anzusteuern wagt, landet statt in der Freiheit auf unabsehbare Zeit in einem Flüchtlingslager

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 04

Length: 1406 words

Byline: SVEN HANSEN

Highlight: AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als **Asylsuchender** mit dem Boot den fünften Kontinent anzusteuern wagt, landet statt in der Freiheit auf unabsehbare Zeit in einem **Flüchtlingslager**

Body

AUS SYDNEY SVEN HANSEN

Ich bin seit drei Jahren hier, sagt Ranil Ganhewa* aus Sri Lanka mit bedrückter Stimme. Der Mittdreißiger steht am Rand des Sportplatzes im Internierungslager Villawood im gleichnamigen Vorort von Sydney. Hier sind in einem Industriegebiet hinter hohen mehrfachen Draht- und Gitterzäunen 360 **Asylbewerber** und Abschiebehäftlinge eingesperrt, manche seit Jahren. Meine Freunde vom **Flüchtlingsschiff** sind längst frei. Warum ich eingesperrt bleibe, weiß ich nicht, sagt Ganhewa. Der Pressebetreuer des **Migrationsministeriums** vermutet, Australiens Geheimdienst stuft Ganhewa als Sicherheitsrisiko ein. Die Gründe wird er wohl nie erfahren.

Villawood ist eines von 22 Internierungslagern, die Australien auf seinem Territorium betreibt. Im Oktober letzten Jahres waren landesweit mehr als 5.400 **Asylbewerber** zwangsinterniert. Inzwischen dürften es einige tausend mehr sein. Hinzu kommt ein weiteres Lager im winzigen Pazifikstaat Nauru und eines auf der Insel Manus in Papua-Neuguinea. Sie wurden nach einer Kehrtwende der australischen **Asylpolitik** im September und November 2012 wiedereröffnet und haben zusammen weitere 2.100 Plätze. Im Unterschied zu den modernen zweigeschossigen Gebäuden im renovierten Lager Villawood müssen die **Flüchtlinge** in den pazifischen Lagern in Zelten leben.

Die ersten weißen Einwanderer kamen vor 225 Jahren mit Schiffen aus Europa auf den fünften Kontinent. Es waren Sträflinge, und ihre erste Siedlung hieß Sydney. Das Vergehen der Internierten von heute besteht darin, es ihnen gleichgetan zu haben. Sie gelangten in der Regel von Indonesien aus per Boot zur 350 Kilometer südlich gelegenen australischen Weihnachtsinsel. Wären sie mit dem Flugzeug direkt auf das australische Festland geflogen, wofür sie aber ein Visum gebraucht hätten, wären sie nicht interniert. Dabei werden von den Flüchtlingen,

Übers Wasser, hinter Stacheldraht AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot....

die die riskante Fahrt auf überfüllten alten Fischkuttern wagen und meist aus Afghanistan, Sri Lanka, Iran und Irak kommen, letztlich mehr als asylberechtigt anerkannt als von denen, die direkt einfliegen.

Die sogenannten Boat People sind im Einwanderungsland Australien, wo knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung im Ausland geboren wurde oder mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft hat, diejenigen auf der untersten Stufe aller Migranten. Ein harter Umgang mit den Bootsflüchtlingen, die sich meist mithilfe von Menschenschmugglern selbst auf den Weg machen, bringt Wählerstimmen. Dem konservativen Premier John Howard gelang so 2001 eine schon verloren geglaubte Wiederwahl. Australier rühmen sich ihres Sinns für Fairness. Die Regierung bezeichnet die Bootsflüchtlinge als Vordrängler, weil sie im Rahmen der von ihr selbst festgelegten Flüchtlingsquote für jeden als Asylbewerber anerkannten Bootsflüchtling einen Flüchtling weniger aufnimmt, der aus einem Lager irgendwo auf der Welt kommt und dort vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR anerkannt wurde. Doch Flüchtlingsorganisationen weisen darauf hin, dass die von der Regierung gemachte Verknüpfung künstlich und vielmehr politisch gewollt ist. In Wirklichkeit würden nur ganz wenige Menschen aus Lagern aus anderen Ländern überhaupt Aufnahme finden. Doch das Vordrängler-Argument nutzt inzwischen auch die heutige Regierung.

Im Lager Villawood bei Sydney haben die Flüchtlinge Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Klimaanlage und 16 Stunden täglich kostenlosen Internetzugang. Für die Teilnahme an Kursen wie etwa Englisch gibt es Punkte, die sie gegen Dinge des persönlichen Bedarfs tauschen können. Manche Australier dürften die Flüchtlinge zumindest um ihren Standard in Villawood beneiden. Wegen der Nähe zu Sydney ist es zum Vorzeigelager geworden, auch wenn der neue und noch unüberwindbarere Zaun mit seinem Rohr auf der Oberkante an die Berliner Mauer erinnert.

Der Pressebetreuer des Migrationsministeriums (Motto: Menschen sind unser Geschäft) nennt die Internierten, oft traumatisierte Flüchtlinge, manchmal auch Kinder, Kunden und sagt zur Abschreckungspolitik durch Lager: Wir bieten hier die Dienstleistung der Internierung. Auf mehrsprachigen Schildern wirbt ein Flüchtlingsombudsmann: In Australien gibt es ein Beschwerderecht. Das wird Ranil Ganhewa aus Sri Lanka gegen das Votum des Geheimdienstes kaum helfen. Eher kann das Ministerium hoffen, dass er eines Tages von der Internierung so zermüdet ist, dass er seiner freiwilligen Rückführung nach Sri Lanka zustimmt.

Auf noch mehr Abschreckung zielen die wiedereröffneten Lager außerhalb Australiens. Von den 1.637 Flüchtlingen, die Australien von 2002 bis 2008 im Rahmen der sogenannten pazifischen Lösung nach Nauru und Manus schickte, kehrten denn auch 483 freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Australien nahm 705 auf, Neuseeland 401. Die gewünschte Wirkung der pazifischen Lager war, dass damals die Zahl der in Australien landenden Flüchtlingsboote stark zurückging.

2008 beendete die neue Labor-Regierung von Kevin Rudd die von ihm selbst als inhuman bezeichnete Flüchtlingsverschickung in den Südpazifik. Auch gelang es, die durchschnittliche Verweildauer in den Lagern in Australien zu reduzieren. Doch stieg die Zahl der Flüchtlinge wieder an, die sich auf die gefährliche Fahrt zur Weihnachtsinsel machten. Eine Expertenkommission schätzt, dass dabei von Ende 2001 bis Juli 2012 964 Asylbewerber ertranken, davon 604 seit Oktober 2009. Die Verhinderung gefährlicher Überfahrten wurde so zum Hauptargument der Labor-Regierung unter Rudds Nachfolgerin Julia Gillard, als sie im August 2012 zur Politik der pazifischen Lager zurückkehrte. Doch geht es wirklich darum, Asylbewerber vor dem Ertrinken zu bewahren? Oder ist das Ziel nicht vielmehr, dass die Flüchtlinge gar nicht erst Australien erreichen?

Australier haben große Furcht vor einer Invasion aus dem Norden, sagt der Migrationsforscher Stephen Castles von der Universität Sydney. Schließlich haben wir ja selbst einmal das Land den Einheimischen weggenommen und fürchten nun, dass uns dasselbe passiert. Er verweist auf den Widerspruch, dass sich die Zahl der von Australien aufgenommenen Migranten (ohne Flüchtlinge) in den letzten 15 Jahren von 82.500 (1995/96) auf 168.685 (2010/11) pro Jahr mehr als verdoppelt hat. Die Boat People dienen als Sündenböcke, meint Castles.

Der Journalist und Buchautor David Marr sagt: Mit der pazifischen Lösung erweckte Premier Howard den Eindruck der Kontrolle. Das ermöglichte ihm, die Zahl der Einwanderer stark zu erhöhen. So konnte er die rechte

Übers Wasser, hinter Stacheldraht AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist
Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot....

Partei One Nation kleinhalten und zugleich die von der Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte ins Land holen. Laut Marr schreckt die Internierung keine Flüchtlinge ab, sondern dient der Beruhigung der Bevölkerung.

Castles verweist darauf, dass in den letzten 15 Jahren parallel zur gestiegenen Aufnahme von Einwanderern die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge von 16.252 auf 13.799 zurückging. Eine Expertenkommission der Regierung empfahl deshalb auch, die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge künftig auf 20.000 Flüchtlingen zu erhöhen. Es ist paradox: Flüchtlinge sind willkommen, aber Boat People werden kriminalisiert, sagt Castles.

Studien zufolge wirken sich in Australien alle Migrantengruppen positiv auf die Wirtschaft und Gesellschaft aus. Fiskalisch profitiert der Staat im Schnitt ab dem 13. Jahr von einem Flüchtling, bei Fachkräften schon früher. In der Vergangenheit lag der Schwerpunkt unserer Einwanderungspolitik auf der Familienzusammenführung, sagt Migrationsminister Chris Bowen. Heute liegt er auf qualifizierten Arbeitskräften, weil wir sie brauchen. Sie nehmen keine Jobs weg, sondern schaffen welche. Um Wirtschaftsprojekte überhaupt durchzuführen oder im Kosten- und Zeitplan zu halten, brauchen wir Arbeitskräfte.

Bisher hatte die Rückkehr zur pazifischen Lösung den unerwarteten Effekt, dass die Zahl der in australischen Gewässern eintreffenden Bootsflüchtlinge nicht zurückging, sondern sogar anstieg. So kamen von August bis November vergangenen Jahres 7.929 weitere Asylbewerber übers Meer, also viel mehr, als die Lager in Nauru und Manus Plätze bereitstehen. Für eine veränderte Politik hat das nicht gesorgt. Während die Regierung von Torschlusspanik unter den Flüchtlingen ausgeht, fordert die konservative Senatorin Michaelia Cash, migrationspolitische Expertin der Opposition: Wir müssen die Boote wieder zurück aufs Meer schicken!

*Name geändert

Wir bieten hier die Dienstleistung der Internierung

MITARBEITER DES MINISTERIUMS

Load-Date: January 3, 2013